

# Raus Schwager beklagt Folgen von Rot-Grün

Die „Welt am Sonntag“ berichtet unter der Überschrift „Raus Schwager bei Unternehmer-Protest“ aus Bielefeld:

„Wir, die Unterzeichner, leben gern in Bielefeld, wir sind hier zu Hause. Wir arbeiten und investieren hier. Wir wollen, daß Bielefeld unsere Zukunft bleibt... Es bedrückt uns, wenn das Morgen unserer in schöner Umgebung gelegenen attraktiven Stadt ohne Not verschenkt wird.“

So beginnen 100 Unternehmer und Manager, Anwälte und Wirtschaftsprüfer, Ärzte und Einzelhändler unter der Überschrift „Aus Sorge um Bielefeld“ eine 45seitige Dokumentation über den wirtschaftlichen Niedergang ihrer Stadt — seit die Metropole Ostwestfalens von 1979 an von einer rot-grünen Mehrheit im Stadtrat regiert wird.

Zu den Unterzeichnern gehören August Oetker von der Oetker-Gruppe, Gerd Seidensticker von der Seidensticker GmbH, Gerhard Miele von Miele, Ernst Leffers von der Leffers AG, Hubertus Benteler von der Benteler-Gruppe — sowie Ernst August Delius und Johannes Delius von Bielefelder Seidenwebereien C. A. Delius & Söhne.

Ernst August Delius ist Onkel, Johannes Delius Bruder von Christina Rau, geborene Delius — der Ehefrau des nordrhein-westfälischen Ministerpräsidenten und SPD-Kanzlerkandidaten Johannes Rau.

Johannes Raus Schwiegervater, Eduard Delius, ist gemeinsam mit seinem Bruder Ernst August persönlich haftender Gesellschafter der Seidenweberei.

Die Wirtschaftspolitik der Stadt Bielefeld, die Raus Familie wie die übrigen Bielefelder Unternehmer und Manager beklagt, ist dieselbe, wie sie Raus Partei jetzt in der Hansestadt Hamburg anstrebt: Die SPD in Bielefeld hat — wie jetzt auch die SPD in Hamburg — seit 1979 nicht mehr die absolute Mehrheit. Die SPD in Bielefeld versuchte deshalb seit 1979 — wie es auch die SPD in Hamburg jetzt vorhat —, ihre Vorstellungen mit wechselnden Mehrheiten durchzusetzen.

Die 100 Bielefelder Unternehmer in ihrer Dokumentation: „In den für die Wirtschaft der Stadt wesentlichen Entscheidungen (zum Beispiel drei von fünf städtischen Haushalten, Realisierung des Verkehrskonzeptes usw.) geschah dies mit den Stimmen der grün-bunten Abgeordneten.“

Die Bielefelder Unternehmer stellen fest, daß eine „Wirtschaftspolitik ohne Rat der Wirtschaft und ohne Rücksicht auf die Belange der in ihr Arbeitenden in letzter Konsequenz wirtschafts- und damit auch gesellschaftsfeindlich ist“. Und: „... Da ist es fast zwangsläufig, daß die Zahl der Beschäftigten im verarbeitenden Gewerbe Bielefelds überproportional gesunken ist.“



Bis einschließlich 1981 hatte die Arbeitslosigkeit in Bielefeld stets unter der Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik und speziell unter der von Nordrhein-Westfalen gelegen. Seit 1982 übersteigt die Arbeitslosenquote Bielefelds jedoch den Bundesdurchschnitt ständig und liegt seit 1983 über dem Durchschnitt Nordrhein-Westfalens. Im Juni 1986 gab es in Bielefeld 10,8 Prozent Arbeitslose, in Nordrhein-Westfalen 10,5 Prozent und im Bund 8,4 Prozent.

Seit 1970 sind rund 500 Firmen aus Bielefeld abgewandert, davon 311 ins Umland. Die Tendenz ist steigend. Von 1970 bis 1973 zogen im Jahreschnitt 22 Firmen aus Bielefeld fort. Im Durchschnitt der Jahre 1978 bis 1981 waren es 23, im Durchschnitt der Jahre 1982 bis 1985 dann 38 Firmen.

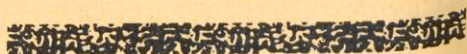
Wesentliche Ursache war eine drastische Erhöhung der Gewerbesteuer durch die rot-grüne Bielefelder Koalition im Jahre 1979. Vor der Erhöhung hatte der Gewerbesteuer-Hebesatz bei 290 Prozent und damit unter dem Durchschnitt von 13 vergleichbaren Kommunen gelegen. Seit 1986 liegt der Hebesatz bei 420 Prozent und damit 24 Punkte über diesem Durchschnitt.

Die Bielefelder Unternehmer haben errechnet: „Um nach Gewerbesteuer das gleiche zu verdienen wie ein Betrieb im Durchschnitt der 15 Umlandgemeinden, muß ein Bielefelder Unternehmen unter bestimmten Voraussetzungen vor Steuern einen mehr als 25 Prozent höheren Gewinn als Betriebe des Umlandes erwirtschaften.“

Daraus folgern die Unternehmer: „Abwanderungs-Überlegungen werden sich notgedrungen verstärken, die Ansied-

lungsbereitschaft muß zwangsläufig abnehmen.“

Die Unternehmer meinen: „Unsere Stadt Bielefeld hat das nicht verdient. Das alles ist ungerecht gegenüber den in Bielefeld lebenden älteren Menschen, das alles ist unfair gegenüber den hier arbeitenden Menschen, das alles ist illoyal gegenüber den hier aufwachsenden jungen Menschen, deren Zukunft diese Stadt ist und die ihrerseits die Zukunft unserer Stadt sind. Darum reden wir heute. Wir dürfen uns durch längeres Schweigen nicht weiter mitschuldig machen.“



### **Zöpel will länger warten, als das Gesetz erlaubt**

Die CDU-Landtagsfraktion hat in einem Antrag die Landesregierung aufgefordert, den Gesetzentwurf zur Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes für die kommenden fünf Jahre im Landtag einzubringen. Nach dem Landesstraßenbaugesetz ist der Bedarfsplan bis zum Ende dieses Jahres fortzuschreiben. Dies bedingt eine unverzügliche Vorlage des Regierungsentwurfs. Der zuständige Minister Zöpel (SPD) aber hat angekündigt, das Konzept entgegen der gesetzlichen Vorschrift erst später zu präsentieren. Der verkehrspolitische Sprecher der CDU-Landtagsfraktion, Heinrich Dreyer, befürchtet massive Kürzungen beim Straßenbau zum Nachteil von Nordrhein-Westfalen. Angesichts der Bedeutung der Straßenbaupolitik für die Zukunft unseres Landes könne eine Verzögerung in der Fortschreibung des Landesstraßenbedarfsplanes nicht hingenommen werden.



# CDU fordert Institut für ostdeutsche Landeskunde

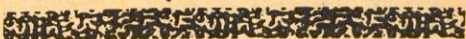
**Der Arbeitskreis „Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge“ der CDU-Landtagsfraktion befaßte sich mit der Einrichtung eines Instituts für ostdeutsche Landeskunde an einer Universität in Nordrhein-Westfalen.**

Die Teilnehmer begrüßten einstimmig die Vorlage des Landtagsabgeordneten Rüdiger Goldmann (Düsseldorf), in der die Notwendigkeit der Einrichtung eines solchen Instituts aufgrund einer Umfrage an verschiedenen Universitäten der Bundesrepublik Deutschland begründet wird. Danach fehlt ein spezielles wissenschaftliches Institut für die Landeskunde der alten ostdeutschen Länder (Ost- und Westpreußen, Pommern, Ostbrandenburg, Nieder- und Oberschlesien, den Sudetenländern und den deutschen Siedlungsgebieten in Ostmitteleuropa wie dem Banat und Siebenbürgen) in der deutschen Universitätslandschaft, obwohl von wissenschaftlicher wie politischer Seite (jüngst noch Bundesinnenminister Friedrich Zimmermann in der Paulskirche) dieser offenkundige Mangel seit langer Zeit beklagt wird.

Die gesamte wissenschaftliche Beschäftigung mit diesem seit 1945 der deutschen Souveränität entrissenen Gebieten und den deutschen Siedlungsgebieten, klagte Goldmann, finde nur in außeruniversitären Einrichtungen und an den Universitäten durch persönliche Initiative einzelner Hochschullehrer oder aufgrund spärlich dotierter Forschungsaufträge statt. „Das ist ein wissenschaftliches Armutszeugnis

für ein so reiches Land wie die Bundesrepublik Deutschland, die seit 1945 über 17 Millionen Vertriebene und Flüchtlinge aufgenommen hat“, meinte der CDU-Politiker.

Der Arbeitskreis „Angelegenheiten der Vertriebenen und Flüchtlinge (AVF) der CDU-Landtagsfraktion fordert daher einstimmig die unverzügliche Errichtung eines entsprechenden Universitätsinstitutes in der Landeshauptstadt Düsseldorf (Universität Düsseldorf), wobei Land und Bund zusammenwirken sollen. Bei der Arbeit sollten insbesondere auch die vier Patenschaftsländer des Landes NRW (Oberschlesien, Siebenbürgen, Thüringen und Sachsen) berücksichtigt werden.



## Unterstützung für die Bürgerpetition

Der Pressedienst des Erzbistums Paderborn teilt mit: Auf ihrer letzten Mitgliederversammlung haben sich alle katholischen Erwachsenenverbände im Erzbistum Paderborn der vom Familienbund der Deutschen Katholiken — Katholischer Elternschaft — im Erzbistum Paderborn mitgetragenen Unterschriftenaktionen „Bürgerpetition/Erhaltet unsere Schulen“ angeschlossen. Durch tatkräftige Mitarbeit bei der Unterschriftenaktion wollen die katholischen Verbände im Erzbistum diese landesweite Bürgerpetition unterstützen.



## Europa-MIT in Düsseldorf

Die Europäische Mittelstandsvereinigung ist für Freitag, 5. Dezember, und Samstag, 6. Dezember, nach Düsseldorf eingeladen. „Gastgeber“ ist in diesem Falle der Vorsitzende der NRW-Mittelstandsvereinigung und Präsident der Handwerkskammer Düsseldorf, Hansheinz Hauser, MdB. Die Tagungsteilnehmer hören Referate über die Arbeit des Europa-Parlaments und den „Mittelstand im europäischen Binnenmarkt“. Der Bundesvorsitzende der MIT, Professor Dr. Zeitel, wird zu den Kongreßteilnehmern sprechen. Düsseldorfs Bürgermeister Josef Kürten wird die Gäste im Rathaus begrüßen. Sie können die Gewerbeförderungsanstalt der Handwerkskammer Düsseldorf besichtigen.

## Kongreß behandelt den Sport

„Die Zukunft des Sports — Herausforderung für die Politik“ ist das Thema eines sportpolitischen Kongresses, zu dem die CDU NRW für Samstag, 13. Dezember,

um 10 Uhr in die Rheinische Landesturnschule nach Bergischgladbach einlädt. Bekannte Spitzensportler und Sportfunktionäre werden an der Veranstaltung ebenso teilnehmen wie die Politiker. Franz Heinrich Krey, MdB, wird die Versammlung begrüßen. Die „Bedeutung des Sports für unsere Gesellschaft“ behandelt Staatssekretär Dr. Horst Waffenschmidt. Die Zukunftsperspektiven aus der Sicht des Sports, der Wirtschaft und der Wissenschaft besprechen Erika Dienstl vom Deutschen Sportbund, Hartwig Piepenbrock aus Osnabrück und Professor Dr. Dieter Jüttner aus Paderborn. Leonhard Kuckart, MdL, behandelt das Thema „Sport in Nordrhein-Westfalen“, das in eine Podiumsdiskussion mündet. Der Vorsitzende der CDU NRW, Professor Dr. Kurt H. Biedenkopf, spricht das Schlußwort über „Die Zukunft des Sports — Herausforderung für die Politik“.

## CDA im März

Schon jetzt steht fest, daß die Landestagung der CDA am 21. März 1987 um 9.30 Uhr im Goldsaal der Dortmunder Westfalenhalle beginnt.